

treten wird. In diesem Sinne äußerte sich der bekannte Abgeordnete Kuranda, der wörtlich in einer längeren Rede, in welcher er die den Deutschen in Oesterreich durch Hohenwart und seine Gesellen drohenden Gefahren hervorhob, unter ungeheurem Beifall der Mehrzahl der Abgeordneten und der Zuhörer u. A. sagte: „Preußen hat seit Kurzem viel Sympathien gewonnen. Unsere Jugend, von Bewunderung erfüllt, steht lieber dorthin, wo Siege gewonnen wurden, als dorthin, wo Siege verloren wurden. Das neue Deutschland gleicht dem Wagnerberg der alten Sage! Und seiner Anziehungskraft gegenüber schwächt man die Klammern und Schrauben an unserm Staatschiff!“ Vorher äußerte Abg. Dr. Rayhofer in gleich scharfen Worten gegen die versuchte Unterdrückung des Deutschthums: „Wenn uns nicht der Sieg werden sollte, so soll die Geschichte wenigstens von uns sagen: Sie haben würdig gekämpft als treue Söhne des großen deutschen Volkes!“ Vernichtender sprach der Abg. Dr. Granitsch über die Mäner des jetzigen österreichischen Ministeriums und besonders über den aus Schwaben vor wenig Jahren erst als Universitätslehrer nach Wien berufenen jetzigen Handelsminister Dr. Schäffle. Als der mit anwesende Statthalter den Redner unterbrach, entstand fürchterlicher Tumult und auf die Erklärung des Statthalters, daß er wohl wisse, der Redner sei unverantwortlich, aber den Vorstehenden bitten müsse, dem Redner Mäßigung aufzutragen, erwiderte Dr. Granitsch: Er wisse jedes Wort genau zu erwägen, was er spreche; eine Bekehrung vom Vertreter des gegenwärtigen Ministeriums nehme er nicht an! Abg. v. Wende deutete ebenfalls auf die Gefahren hin und sagte, man wolle von regierungswegen Oesterreich zu Grunde richten, einzig aber stehe das deutsch-österreichische Volk, um das Reich zu retten und zu erhalten. Er erwartet vom Kaiser, daß er die Schwach, die man ihm in dem czechischen Ausgleich biete, zurück weise, daß er sein kaiserliches Wort nicht breche und sollte dies dennoch geschehen, so würde er als redlicher Oesterreicher den Glauben an Menschen- und Fürstenthum aus seiner Brust reißen. Stürmischer Beifall begleitete alle diese die Aufnahme des ähnesten Widerstandes verrathenden Reden. Die czechischen Blätter, die in Bezug auf journalistischen Anstand viele Aehnlichkeit mit gewissen unserer socialdemokratischen Organe haben, schwächen aufs Heftigste gegen Wien und den niederösterreichischen Landtag. Eins derselben, ein deutsch geschriebenes, sagt: „Die Scenen in letzterem mochen die Frage nöthig, ob es nicht Zeit sei, daß die Regierung mit den deutschen Rebellen ein Ende mache.“ Die verfassungstreue Partei wird von demselben Blatte „eine in ihrem Räubergeschäfte unterbrochene Bande“ genannt. Graf Beust, der Reichskanzler, hat diese inneren österreichischen Angelegenheiten bis jetzt scheinbar gleichgültig dahingehen lassen und von Interesse ist der weitere Verlauf derselben, da der Reichskanzler nach den Erfolgen der Gasteiner und Salzburger Zusammenkünfte mit dem Collegen des deutschen Reiches doch unmöglich einer Unterdrückung des Deutschthums und Herrschaft des Czechenthums zustimmen kann, da diese die Stellung zu Deutschland wesentlich ändern würde. Man spricht davon, daß die übrigen Minister auf seinen Sturz hinarbeiten und bereits sollen der genannte Dr. Schäffle und der Justizminister Habietmel ihre Entlassung eingereicht haben, weil Graf Beust kürzlich bei der Einweisung des neuen Rectors der Wiener Universität nicht wie der Unterrichtsminister Zweck die Versammlung verlassen habe, in welcher der letztere so entschiedene Mißfallsbezeugungen durch Zischen und heftigeren Tumult erhielt, daß er eben vorzog, unter dem Schutze der Universitätsgerichtsdiener sich zu entfernen, während Graf Beust lebhafteste Hochrufe

erntete. Die Gährung in Wien ist aufs Höchste geklungen und allerwärts wird energisch gegen Hohenwart und Genossen losgezogen, so energisch, daß Graf Hohenwart von Seiten des Polizeidirectors von Wien, von dem er sich Bericht über die Stimmung erstatten ließ, die Antwort erhalten konnte, wenn man einschreiten wolle, müsse man Jedermann verhaften. Die Ungarn nehmen kräftig Partei der Deutschen, am kaiserlichen Hofe soll die Stimmung getheilt sein. Das ist dort aber stets so gewesen, Pfaffen und Junker haben am Habsburger Hofe immer häßliche Arbeit gehabt. Erzherzog Albrecht hat den Grafen Hohenwart beglückwünscht, als er Kunde von den Ausgleichsvorschlägen des böhmischen Landtags erhielt (die deutschen Abgeordneten dieses Landtags nehmen bekanntlich nicht an den Sitzungen Theil), derselbe Erzherzog Albrecht, der 1866 in Italien commandirte. Jedensfalls werden die nächsten Tage interessante Mittheilungen uns von drüben bringen. Mittheilungen in diese Aufregung hinein gelangte nach Wien wieder einmal die Kunde von einem Aufstande, der an der Militärgrenze ausgebrochen war, aber bereits wieder unterdrückt worden ist, nachdem die Auführer sich schon der Magazine, Waffen &c. bemächtigt hatten.

Von Bedeutung ist auch eine aus München kommende Nachricht, nach welcher die bairische Regierung entschiedener als bisher den Bestrebungen der Ultramontanen entgegengetreten dürfte, da nämlich der Unterrichtsminister v. Luz bei der Beantwortung der von der Fortschrittspartei eingebrachten Interpellation über das Verhalten der Regierung der Unfehlbarkeitslehre und den Aikatholiken gegenüber feststellte, daß der natürlich jenem Dogma entschieden feindliche Standpunkt der Unterzeichner der Interpellation „nicht unwesentlich“ mit dem Standpunkt der Regierung übereinstimme. (Die Interpellation verlangt Schutz des Staates gegen den Mißbrauch der geistlichen Gewalt; sie fordert für die Eltern das religiöse Erziehungsrecht in voller Freiheit und für die aikatholischen Gemeinden und Geistlichen die alten Rechte und will Trennung von Staat und Kirche, um Frieden und Freiheit auf religiösem Gebiet zu erlangen. Dazu sind aber neue Geseze nöthig, welche die Rechte des Staates ausdrücklich wahren, das Concordat mit Rom aufheben und die Glaubens- und Gewissensfreiheit sichern.) Der Minister erklärte weiter, dem Staate müsse das Recht gewahrt bleiben, das Staatskirchenrecht zu ändern, wenn die Kirche die Grundlagen des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche verrückt; der Lehrbegriff der katholischen Kirche sei durch das Dogma der Unfehlbarkeit geändert, die Concilsbeschlüsse seien staatsgefährlich; die Staatsgefährlichkeit sei durch das Schreiben des Erzbischofs von München nachgewiesen. Die drei Fragen beantwortete der Minister dahin: Die Regierung will allen katholischen Angehörigen geistlichen und weltlichen Standes, welche die Infallibilität nicht anerkennen, den vollen Schutz gegen Mißbrauch geistlicher Gewalt angedeihen lassen und sie auch in ihren wohlverordneten Rechten schützen; das religiöse Erziehungsrecht wird den Eltern in voller Freiheit eingeräumt, und wenn aikatholische Gemeinden sich bilden, werden sie auch vom Staate anerkannt: die Regierung ist bereit, zu neuen Gesezen die Hand zu bieten, welche die volle Unabhängigkeit der Kirche vom Staate verwirklichen. Es bleibt nun abzuwarten, was die Ultramontanen auf diese offen gegen sie aufstretenden Grundsätze der bairischen Regierung thun werden. Borerst ist wahrscheinlich ein höllisches Zetergeschrei zu vernehmen.

Aus Frankreich giebt's von der Vergangenheit und Gegenwart zu berichten: zunächst von letzterer, daß die Wahlen für die Generalräthe zwar außerordentlich günstig für die Regierung des Herrn Thiers ausgefallen sind, aber auch, daß

man immerhin eine große Wahlenhaltung annehmen muß, daß keine Partei stark genug ist, um zu herrschen, jede aber stark genug, um eine bestehende Regierung unmöglich zu machen. Von der orleanistischen Partei ist u. A. der Herzog v. Nemours gewählt, von der bonapartistischen, die zwar ziemlich abgefallen ist, Prinz Napoleon und der Herzog v. Mouchy, ein Verwandter des Kaisers. Ueber die Zulässigkeit des Prinzen Napoleon wird die während der Ferien der Nationalversammlung diese vertretende parlamentarische Commission zu entscheiden haben, da er, obwohl auf der Insel Corsika gewählt, dort nicht Steuerzahler ist. Ob aber bei dem bekannten weiterwendigen Charakter der großen Mehrheit des Volkes viel auf die momentane Stimmung zu geben ist, wer vermöchte daraus Schlüsse zu ziehen? Von der Vergangenheit ist der Briefwechsel zu veröffentlichen, den der „verflossene“ französische Gesandte am Berliner Hofe, Graf Benedetti, im vorigen Jahre vor dem Kriege mit dem Herzog v. Gramont, dem damaligen Minister des Auswärtigen, geführt und den er jetzt zu seiner Rechtfertigung veröffentlicht hat. Aus demselben geht auf's Klarste hervor, wie Gramont zum Bruche trieb und Benedetti nur seiner Ordre „Reizen Sie den König!“ und seinen weiteren Befehlen nachkam, wenn er den König Wilhelm in der spanischen Thronfolge-Angelegenheit mit unannehmbaren, ja unverstämten Forderungen unausgesetzt belästigte. Die Blätter des Auslandes machen bereits die selbstverständlichen für Preußen und Deutschland nur günstigsten Schlussfolgerungen aus diesen die bodenlose Frivolität, mit der Napoleon und seine Creaturen den Krieg herbeizogen, verrathenden Schriftstücken. Außer diesen sind noch die Verteidigungen der einzelnen Generale und Corpsführer über ihre Wirksamkeit zu erwähnen, aber auch keineswegs rühmlich, da Einer auf Unkosten des Andern sich weis zu brennen versucht. Nicht unerwähnt dürfen wir aber lassen, daß einige der höhern Offiziere, welche, während des letzten Krieges kriegsgefangen, ihr Ehrenwort gegeben, nicht wieder gegen Deutschland zu kämpfen, und trotzdem wieder in die Reihen der Streiter eintraten, castrirt und begrabirt worden sind. Vor der Commission, welche mit der Untersuchung gegen alle die Offiziere, die Capitulationen unterzeichnet haben, beauftragt ist, haben verschiedene hohe Offiziere, darunter auch der jetzige Kriegsminister Gisse, gegen Bazaine ausgesagt anlässlich der Uebergabe von Metz. — An Stelle des rasch verstorbenen zeitlichen Ministers des Innern Lambrecht ist Casimir Perier gewählt worden, ein Orleanist, wie Viele behaupten.

Ueber die Verhandlungen, welche der französische Finanzminister, der am Sonnabend wieder von Berlin abgereist ist, dort mit dem Reichskanzler Fürsten Bismarck in der elfsa-lothringischen Zollangelegenheit gepflogen hat, verlautet noch nichts Genaueres. Hoffentlich giebt die Thronrede des Kaisers, mit der er gestern den deutschen Reichstag eröffnete, darüber gute Nachrichten. (Nach telegraphischen Berichten hat die Eröffnung des Reichstags am 16. October Mittags 1 Uhr durch den Kaiser stattgefunden, welcher in der Thronrede die Ordnung des Reichshaushalts als die wesentlichste Aufgabe des jetzigen Reichstags und den Etat nicht höher als den früheren bezeichnete; die Einführung der Goldwährung und ein gemeinsames deutsches Münzwesen werde den Reichstag beschäftigen; die Räumung der erst Ende Mai k. J. zu verlassenden Departements werde im Vertrauen auf die Fortentwicklung der inneren Zustände Frankreichs schon jetzt eintreten, Bürgschaften dafür durch ein am 12. d. (durch Bouyer-Quertier also) getroffenes Abkommen gesichert; die Beziehungen zum Ausland nennt der Kaiser allseitig friedliche und von gegenseitigem Wohl-

wolle  
wol  
den  
Kais  
nach  
psan  
gesu

Es  
größ  
sonen  
sich  
gema  
einem  
weiß  
rothe  
streu  
1871  
cours  
mer

Berw  
ist na  
Grinn

In  
Müll  
dabei  
Struc  
hände  
men.  
später  
sechs

In  
reichl  
ersten  
der Ar  
derfekt  
Gusf  
bildes  
Allgem  
Umsh  
im Wo  
Gusve

In  
gau  
„Dres  
ben in  
festen  
Water  
tungen  
durcha  
In  
Abende  
Strafe  
anzünd  
scheint  
vorzuko

In  
von A  
daten v  
getroffe  
alle Ber  
gehört  
— und  
fehle de  
gen, vo

Bei  
Kurzem  
How an  
und wa  
stehende  
lands a  
als sold  
als Sch  
hand le  
prinzen  
Sympat  
überhau  
Ueber  
nun au  
Brand b